

PRESSEMITTEILUNG

hlb fordert bessere und verlässliche Forschungsförderung für die angewandten Wissenschaften

Bonn, 8. September 2023. Der Hochschullehrerbund **hlb** fordert, dass die Bundesregierung zügig klare, schlanke und verlässliche Förderstrukturen für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) aufbaut. Ein auskömmlich ausgestattetes Förderinstrument wie die DATI soll dabei geeignete Strukturen zur Forschungsförderung für HAW schaffen. Angesichts der derzeitigen Veränderungen und Umbrüche in der Förderlandschaft für anwendungsorientierte Forschung bedarf es endlich konkreter und konsequenter Schritte. Der Hochschullehrerbund **hlb** fordert für die DATI ein Fördervolumen von mindestens einer Milliarde Euro.

Bei nahezu allen bisherigen Forschungsprogrammen, an denen sich HAW beteiligen konnten, gibt es derzeit weitreichende und substanzielle Veränderungen und Umbrüche, die sich nachteilig auf die Aktivität in der anwendungsorientierten Forschung an HAW auswirken. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften wirken auf vielfältige Weise in Gesellschaft und Wissenschaft. Diese Aufgabe wird durch verschiedene Drittmittelprogramme für anwendungsorientierte Forschung unterstützt. Dass auch die überwiegend auf die Förderung der Grundlagenforschung ausgerichtete DFG mit den Programmen „Transfer FH/HAW Plus“ und „Forschungsimpulse“ die HAW adressiert, ist dabei vergleichsweise neu. Von ihrem politischen Auftrag, mindestens ein Prozent des Fördervolumens für die HAW einzusetzen, ist die DFG immer noch weit entfernt.

Auch die Fortführung des von Bund und Ländern getragenen Programms „Forschung an Fachhochschulen“, eine der zentralen Säulen der bisherigen Förderung der Forschung an HAW, ist unklar. Das Programm wird derzeit von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) verhandelt. Eine Entscheidung über den genauen Zuschnitt und die Weiterentwicklung des Programms soll im November fallen, wobei die entscheidenden Budgetfragen noch ungeklärt sind.

Die insbesondere für kooperative Forschungsvorhaben von Hochschulen mit Unternehmen prädestinierten Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) und „Industrielle Gemeinschaftsforschung“ (IGF) sollen aktuellen Haushaltsentwürfen zufolge deutlich gekürzt werden: das ZIM von derzeit rund 700 Millionen Euro um rund zehn Prozent auf 626,6 Mio. Euro und die IGF von 197 auf 176 Millionen Euro. Unsicherheit herrscht auch bei der administrativen Betreuung beider Programme, die derzeit von der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) verwaltet werden. Die „Industrielle Gemeinschaftsforschung“ ist nach fast 70 Jahren in die Zuständigkeit des DLR Projektträgers überführt worden. Die Trägerschaft für die „Industrielle Gemeinschaftsforschung“ soll ab dem nächsten Jahr ebenfalls zur Disposition stehen.

In die richtige Richtung weisen die Signale aus dem von der Bundesregierung geplanten „Wachstumschancengesetz“, das eine steuerliche Förderung von Forschung vorsieht. Dies ist ein Richtungswechsel in der bisherigen Förderpolitik. Zu begrüßen ist auch, dass trotz der offenbar notwendigen Einsparungen im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) Innovation und Transfer eine Priorität bleiben. Für den Bereich „Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems“ sollen – geht es nach dem aktuellen Haushaltsentwurf – 202

Millionen Euro mehr vorgesehen werden, und im Bereich „Forschung für Innovationen, Zukunftsstrategie“ ist ein Plus von 226 Millionen Euro eingeplant. Unklar bleibt jedoch, wie dieses Geld konkret bei den HAW ankommt.

Bei aller Bedeutung, die die Politik gerade den angewandten Wissenschaften in ihren öffentlichen Verlautbarungen beizumessen scheint, bleibt derzeit angesichts dieser weitreichenden Veränderungen und Umbrüche in allen Fördersystemen völlig offen, wo und wie die zentralen Akteure auf dem Feld der angewandten Wissenschaften, die HAW, künftig die so dringend benötigten Fördergelder einwerben können. Die Zielsetzung des Koalitionsvertrags, eine „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“ zu gründen, ist bisher nur ein mit überschaubaren Mitteln ausgestattetes Pilotvorhaben mit äußerst kurzfristigen Antragsfristen, die terminlich ungünstig platziert wurden. Der große Wurf ist dieser erste Schritt nicht. Im Gegenteil, der Pilot ist zunächst nur als Experimentier- und Lernfeld geplant. Die eigentliche DATI soll – aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen – erst noch konzipiert werden. Der Pilot muss leider eher als Abschied von, zumindest aber als Auf-die-lange-Bank-Schieben der DATI verstanden werden: „Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet“ drängt sich zwangsläufig auf.

Dr. Karla Neschke
Stv. Geschäftsführerin
Hochschullehrerbund **hlb** – Bundesvereinigung e. V.
Wissenschaftszentrum Bonn
Postfach 20 14 48
53144 Bonn
E-Mail: karla.neschke@hlb.de

Der **hlb** Hochschullehrerbund ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland mit ca. 8.000 Mitgliedern. Er ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Der **hlb** vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrierter Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.